Viel Gerede.

Das englische Unterhaus über die Probleme der Friedenssicherung.

London, 2. März. Das Unterhaus trat am Dienstag wiederum in eine außenpolitische Aussprache ein. Eröffnet wurde sie vom Labour-Abgeordneten Greenfelt, der eine Kürzung der Ausgaben des Foreign Office beantragte.

Außenminister Eden

begann mit der Feststellung, daß es in der heutigen Zeit gewiß etwas Geheimdiplomatie gebe. Eden behandelte hierauf die spanische Frage und wandte sich gegen die Behauptung, daß die britische Regierung ihre Augen vor der wirklichen Lage schließe. Die britische Regierung dürfe sagen, daß ihre Politik im spanischen Konflikt die richtige sei und daß diese nunmehr Früchte trage. Sie wolle daher diese Politik fortsetzen.

Nachdem Eden eingehend die humanitäre Arbeit Großbritanniens in Spanien geschildert hatte, wandte er sich der Völkerbundspolitik zu. Er wolle keineswegs den Rückschlag verkleinern, den der Völkerbund durch den abessinischen Streit erlitten habe. Wenn der Völkerbund auch seine Schwierigkeiten habe, so sei er doch noch keineswegs begraben. Das zeige u. a. der Streit zwischen der Türkei und Frankreich, den der Völkerbund mit Erfolg behandelt habe. Eden wandte sich hierauf dem Westpakt zu. Er bedauere, sagen zu müssen, daß keine erfreulichen Fortschritte zu verzeichnen seien. Die britische Regierung wolle die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es möglich sei, die beteiligten Völker am runden Tisch zur Behandlung dieser Frage zusammenzubringen und ein Ergebnis zu erzielen.

Weiterhin ging Eden auf

die Frage der Kolonien

ein. Vor wenigen Tagen sei er von einem Unterhausmitglied gefragt worden, ob der Außenminister in unmißverständlichen Worten erklären wolle, daß Großbritannien keinerlei Abtretung von Gebiet in Betracht ziehe, das sich unter britischer Kontrolle befinde. Lord Cranborne habe ehemals geantwortet: „Wie die Regierung früher festgestellt habe, habe die Regierung eine solche Uebertragung nicht erwogen und erwäge sie nicht." Diese Erklärung, so sagte Eden, stelle die Politik der britischen Regierung dar und er habe dieser Antwort nichts hinzuzufügen. (Beifall auf den Regierungsbänken.)

Man könne behaupten, daß die Völkerbundssatzungen in ihren Bestimmungen über ein militärisches Vorgehen ebenso genau sein müßten wie der Locarnovertrag. Das sei bei der jetzigen Völkerbundssatzung aber nicht der Fall. Eine solche Verpflichtung würde nicht nur über die Völkerbundssatzung hinausgehen, sondern auch über die im Genfer Protokoll von 1924 geplanten Bestimmungen. Dabei sei der Völkerbund aber jetzt in einer verhältnismäßig schwächeren Position.

An den Völkerbund gebunden.

Wenn man eine Politik allgemeiner Verpflichtungen in Europa empfehle, so ginge man aber über die Völkerbundssatzungen hinaus und befürworte eine Politik, die keine Regierung unterschreiben könne, wenn sie nicht absolut davon überzeugt sei, sie durchführen zu können. Nicht möglich sei es aber, eine derartige Politik ins Auge zu fassen, solange sich die britischen Rüstungen auf ihrem gegenwärtigen Stande befänden. Wenn Großbritannien diese Politik daher nicht treiben könne — und es verfolge nicht eine Politik universeller militärischer Verpflichtungen — so sei es trotzdem durch die Völkerbundssatzung gebunden. Die britische Regierung werde auch künftig ihre auswärtige Politik auf diesem Dokument aufbauen. Man verlange von der Regierung, daß sie mit der Völkerbundsreform fortfahren solle. Hier wolle er ganz offen sein: Hierüber gingen innerhalb der Mitglieder des britischen Reiches die Ansichten weit auseinander. Die einen wollten alle Sanktionen gestrichen haben, während die anderen die militärischen Sanktionen automatisch machen wollten. Wenn man in diesem Augenblick eine individuelle Ansicht durchzudrücken versuche, laufe man die größte Gefahr, daß man den Völkerbund in Stücke schlage.

Der Völkerbund sei gegenwärtig erholungsbedürftig.

In einem solchen Stadium könne man ihm nicht zwei gefährliche Operationen zumuten. Man müsse dem Patienten Zeit lassen, wieder Kräfte zu gewinnen.

Zum Schluß erörterte Eden

die außenpolitische Bedeutung des britischen Wiederaufrüstungsprogramms.

Das Haus könne feststellen, so erklärte er, daß dieses Programm fast allgemein willkommen geheißen werde. Der Grund hierfür sei ganz einfach:

Jedermann im Auslande wisse, daß Großbritannien niemals in Widerspruch zu seinen Völkerbundsverpflichtungen zum Kriege schreiten werde. „Wir müssen alle", so schloß Eden, „die Notwendigkeit dieser Aufrüstung bedauern, aber wir sind der Ueberzeugung — und ich glaube, das ist die Ueberzeugung jedes Mitgliedes dieses Hauses, das auf Weltfrieden hofft — daß dieses Land eine größere Macht haben muß, um die Streitkräfte des Friedens zu stärken. Die Politik der britischen Regierung besteht hinsichtlich der Rüstungspolitik darin, daß sie den ihr größtmöglichen Beitrag für die Erhaltung des Weltfriedens leistet."

Westpakt, Völkerbund, Kolonialfragen.

London, 3. März. Nachdem Eden seine Ausführungen beendet hatte, wurde die außenpolitische Aussprache im Unterhaus fortgesetzt.

Henderson (Labour-Party) erklärte, er vertrete nicht die Ansicht, daß Großbritannien nach der Völkerbundssatzung die Wahl habe, ob es zum Beispiel der Tschechoslowakei helfen wolle oder nicht. Die Völkerbundssatzung verlange vielmehr, daß das Opfer eines Angriffes verteidigt werde, und zwar durch militärische Sanktionen. Edens Rede in Leamington gehe nicht weit genug. **Ein Westpakt, der die britischen Verpflichtungen auf Frankreich, Belgien und Deutschland beschränke, sei in keiner Weise geeignet, den europäischen Frieden wirksam zu festigen. Auf der Grundlage der kollektiven Sicherheit könne der Frieden in Europa nicht erzielt werden, falls die britischen Verpflichtungen sich auf diese drei Länder beschränkten. Notwendig sei ein europäischer Pakt, der alle Länder umfasse, auch Deutschland. Sollte sich Deutschland nicht beteiligen wollen, so solle man es fortlassen.**

Für die oppositionellen Liberalen sprach Archibald Sinclair, der sich ebenfalls mit den Verpflichtungen Englands im Kriegsfalle befaßte. Er erklärte, England sei bereit, alle Energie darauf zu verwenden, um ein System zu errichten, unter dem das Recht aufrechterhalten werde, geschützt durch ein System kollektiver Sicherheit. **Es sei notwendig, einen Völkerbund mit festerem Gefüge als heute zu schaffen. Die Regierung müsse zu erkennen geben, daß die Grundlage ihrer Politik die Völkerbundsverfassung sei.**

„Wir haben zu überlegen . . ."

Der Abgeordnete Bellenger beschäftigte sich u. a. mit dem deutschen Kolonialanspruch. **„Wir haben zu überlegen", so sagte er, „ob wir ein Land wie Deutschland in derselben Lage halten können, in der es 1918 war, als es gezwungen wurde, einen ungerechten Vertrag zu unterschreiben. Wenn Sie aber sagen, daß Deutschland berechtigte Beschwerden hat, müssen Sie einen Ausweg aus diesen Beschwerden finden." England könne unmöglich erklären, daß es Deutschland für immer den Zugang zu „einigen" jener Kolonien verweigere, die es Deutschland 1919 geraubt habe. Man dürfe nicht glauben, daß Empire könnte auf der Grundlage des Rechtes der Eroberung erhalten werden.**

Nachdem sich der konservative Abg. Emerys-Evans in einer jedes Verständnisses für die berechtigten deutschen Forderungen baren Rede gegen die Ausführungen Bellengers gewandt hatte, setzte sich der Labour-Abgeordnete William für seine Partei nochmals für eine starke Völkerbundspolitik ein. — Im Gegensatz dazu erklärte der Konservative Lennox-Boyd, daß die Verpflichtungen Englands begrenzt sein sollten, und daß die automatischen militärischen Verpflichtungen sich auf den Schutz der eigenen Dominions und Frankreichs und Belgiens beschränken müßten. Auch er nahm in der Kolonialfrage einen eindeutig ablehnenden Standpunkt ein.

Der Konservative Cazalet beschäftigte sich mit der Lage in Spanien. Es sei eine Torheit, daß die Labour Party eine Einmischung Englands in den spanischen Bürgerkrieg wünschte. Weiter erklärte er, Beweismaterial dafür beibringen zu können, daß die bolschewistischen Machthaber in Spanien nicht auf verfassungsmäßigem Wege gewählt seien. Alles, was in Sowjetspanien geschehe, sei verfassungswidrig.

Den Regierungsstandpunkt

brachte abschließend Unterstaatssekretär Cranborne zum Ausdruck. Er betonte weiter,

daß zwischen der Regierungspolitik und der der Opposition sachlich nicht viel Unterschied bestehe. Beide stimmten darin überein, daß, was die Rüstungspolitik anlange, die Streitmacht niemals zum Angriff benützt werden sollte. Die Regierung stehe außerdem zur kollektiven Sicherheit, ebenso wie die Opposition.

Es gehe nicht darum, einen Krieg zu gewinnen, wenn ein solcher ausbrechen sollte, sondern der eigentliche Zweck sei der, daß die Streitkraft von Ordnung und Gesetz so stark sei, daß überhaupt kein Krieg ausbrechen könnte.

Es folgte dann die Abstimmung.

London, 3. März. Am Schluß der gestrigen außenpolitischen Aussprache wurde der Antrag der Opposition, die Mittel für das Auswärtige Amt herabzusetzen mit 243 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

Was man in Italien dazu sagt.

Rom, 3. März. Auch der Direktor des „Giornale d'Italia" würdigt die Beschlüsse des faschistischen Großrates in längeren Ausführungen als das Verdienst Mussolinis und als Beweis dafür, daß die faschistische Politik ihren normalen Kurs verfolge, ohne sich Illusionen hinzugeben oder sich durch die europäische Unordnung beeinflussen zu lassen.

Das halbamtliche Blatt betont, daß das vom Duce aufgezeigte Problem der Militarisierung mit den von Graf Ciano dargelegten außenpolitischen Fragen in engstem Zusammenhang stehe.

Denn nationale Rechte können nicht ohne eine starke Wehrmacht mannhaft vertreten werden, und deshalb müsse auch Italien rüsten.

Italien vermeide es jedoch, gigantische Rüstungsprogramme aufzustellen, die zur Einschüchterung anderer bestimmt seien, und sich auf politische Ideologien zu berufen, die man angeblich mit bewaffneter Macht verteidigen oder aus prinzipiellen Gründen anderen aufzwingen müsse. Die Tagesordnung über die militärische Vorbereitung Italien sehe dagegen nur diejenigen Maßnahmen vor, die zur Sicherung seiner nationalen und imperialen Interessen notwendig sind. Diese Maßnahmen müssen aber auch den gegebenen Tatsachen entsprechen, d. h. allmählich dem Rüstungsstande der anderen Großmächte angepaßt werden. Das faschistische Italien, das den Rüstungswettlauf nicht begonnen habe, müsse ihm jedoch heute folgen.

Italien bleibe gegenüber den riesigen Rüstungsprogramm andrer Staaten ruhig, aber nicht gleichgültig.

Die am Montag im Palazzo Venezia getroffenen Maßnahmen seien derart, daß das italienische Volk in größter Ruhe jeglicher Entwicklung der europäischen und Weltlage entgegensehen könne, denn mit diesen Maßnahmen werde sowohl die Wehrhaftigkeit der Nation als auch die wirtschaftliche Autarkie gewährleistet.

Im Hinblick auf die Erklärungen Cianos vor dem Großrat betont dann das halbamtliche Blatt,

die Achse Rom—Berlin sei durch die Reise von Graf Ciano nach Berlin und Berchtesgaden vollendet worden und erweise sich heute als einer der hauptsächlichsten Faktoren im europäischen System.

Das auf der Ideengemeinschaft begründete deutsch-italienische politische Einverständnis entwickelte sich fortschreitend, unbeschadet aller noch in den letzten Tagen wieder versuchten Sabotageakte, und trete aktiv in Erscheinung in der tatsächlichen Uebereinstimmung gegenüber allen Geschehnissen der europäischen Politik.

Grundsätzlich, so erklärt abschließend das halbamtliche Blatt, sei Italien zur Zusammenarbeit mit allen Ländern bereit, die diese Zusammenarbeit wünschen. Dies gelte sowohl für England, ganz Europa und die Welt, ganz besonders aber für die Balkanstaaten und den Nahen Orient. Die italienische Politik des bewaffneten Friedens erscheine als ein Ausdruck der Kraft und der Klarheit, ohne irgendwelche Tatsachen ungeklärt zu lassen oder durch zweideutige Behauptungen die Möglichkeit zu allerhand falschen Auslegungen zu geben. Der Faschismus habe auch mit der Sitzung des Großrates Europa einen neuen Beweis eines entschlossenen, offenen und verantwortungsbewußten Wollens gegeben.

Die „Times" hofft auf eine Rüstungsvereinbarung.

London, 3. März. In ihren Berichten über die gestrige Unterhausrede Edens heben die Morgenblätter besonders die kurze Aeußerung über die Kolonialfrage hervor, die von verschiedenen Blättern in ihren Ueberschriften als „Antwort an Botschafter von Ribbentrop" bezeichnet wird.

Als einzige Zeitung bespricht die „Times" die Erklärungen Edens, wobei sie besonders die außergewöhnlich klare Darstellung „der englischen Stellungnahme zum Völkerbund" hervorhebt. Der ermutigendste Teil der Rede sei der gewesen, in dem Eden seine Hoffnung ausgesprochen habe,

daß es auf Grund des englischen Aufrüstungsprogramms neue Möglichkeiten geben werde, eine Vereinbarung über die Rüstungsbegrenzung zu erzielen. Es könnte möglich sein, daß auf einem Wege, den niemand einzuschlagen gewünscht habe, das Ziel erreicht werden könnte, das alle gewünscht hätten.

Das internationale Judentum als Kriegsgewinnler.

Die holländischen Waffentransporte nach Sowjetspanien.

Amsterdam, 2. März. Die Enthüllungen über Waffentransporte nach dem bolschewistischen Spanien mit Hilfe von Schiffen unter niederländischer Flagge finden in der holländischen Presse starke Beachtung. „Dagblad" spricht in diesem Zusammenhang von einem großen Mißbrauch der holländischen Flagge. Die rätselhafte „Rambon-Aktiengesellschaft", die sich mit der Waffen- und Lebensmittelbeförderung nach dem bolschewistischen Spanien befasse, besitze aber außer den unter niederländischer Flagge fahrenden Schiffen noch eine Reihe von Dampfern unter fremder Flagge. Es verlohne sich der Mühe, dem nachzugehen, wer hinter diesem neutralen holländischen Verkehr stehe, um Geld zu verdienen. Als leitende Figur trete hier, so berichtet das Blatt, der internationale Finanzjude Daniel Wolf auf, dessen Name in Zusammenhang mit verschiedenen Affären ja bekannt sei, und der zu den marxistischen französischen Gewerkschaften enge Beziehungen unterhalte. Die Lebensmittel- und Waffenlieferungen aus Holland an die spanischen Bolschewisten würden durch eine Reihe unter jüdischem Einfluß stehender Konzerne durchgeführt. Der Apparat des internationalen Judentums, so stellt das Blatt fest, der im Weltkrieg so viel von sich habe reden machen, laufe nun wieder auf vollen Touren und zögere keinen Augenblick, das Leben holländischer Seeleute auf diesen gefährlichen Fahrten, deren Versicherung keine Gesellschaft zu übernehmen bereit sei, aufs Spiel zu setzen, um selbst die riesigen Kriegsgewinne einzustecken. Das Blatt richtet in diesem Zusammenhang scharfe Angriffe gegen die Regierung, die nichts tue, um diesen Mißbrauch abzustellen, sondern im Gegenteil für die Lieferung nach Sowjetspanien sogar Ausfuhrprämien bezahle.

Auch der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet über Waffentransporte auf holländischen Schiffen nach Sowjetspanien und trifft dabei die Feststellung, daß sich bisher noch niemand bemüht habe, diese Transporte zu verhindern.

Beruhigung in der inneren Mongolei.

Peiping, 2. März. (Ostasiendienst des DNB.) Wie hier verlautet, hat der Westsunnit-Fürst Tewang, der Führer der innermongolischen Autonomiebestrebungen, endgültig seine Truppen zurückgerufen und beschlossen, sich von der aktiven Politik zurückzuziehen. Die Streitkräfte des Fürsten Tewang hatten Ende des vergangenen Jahres mit den Truppen der Provinzialregierung von Suiyuan heftige Kämpfe geführt. Als Marschall Tschiang Kaischek im Dezember in Sianfu gefangen gesetzt worden war, hatte Tewang aus Gründen der nationalen Solidarität die Einstellung des Kampfes befohlen. Mit dem jetzt gemeldeten Beschluß Tewangs scheint für die Provinz Suihuan eine Gefahr beseitigt zu sein, die die innerchinesische Politik in den letzten Monaten merklich beeinflußt hat.

Eine japanische Militärmission, die sich längere Zeit in Nordtschachar aufgehalten und Ende Februar die Innere Mongolei verlassen hatte, traf am Dienstag in Peiping ein. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die japanische Kwantungarmee ihr Beobachternetz in der Inneren Mongolei abbaut. Japanische Zentrale dürfte wieder Dolonnor werden, wie dies im Dezember 1935 der Fall war, bevor die Rebellenarmee unter Lishoushin den Vormarsch nach dem Westen antrat. Nach chinesischen Berichten hat sich diese Rebellenarmee freiwillig aufgelöst.